

## **Entschließungsantrag** **der Fraktionen der SPD und FDP**

**zur zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten**

**Entwurfs eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. Mai 1979 und dem Beschluß vom 24. Mai 1979 über den Beitritt der Republik Griechenland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl**  
**– Drucksachen 8/3231, 8/3287, 8/3415 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundestag begrüßt das Vertragswerk zum Beitritt Griechenlands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Er stimmt dem Gesetz zu dem Vertrag vom 28. Mai 1979 und dem Beschluß vom 24. Mai über den Beitritt Griechenlands zu. Griechenland betrachtet den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft als Ausdruck des Willens des griechischen Volkes zur Demokratie. Die Erweiterung der Gemeinschaft bietet große Chancen für die beitretenden Länder ebenso wie für die heutigen Mitglieder der Gemeinschaft. Ihr Ziel besteht darin, die Demokratien im Süden Europas zu stärken. Die Europäische Gemeinschaft wird auf dieser Grundlage ihren Einfluß im Mittelmeerraum besser zur Geltung bringen können. Sie wird mittel- und langfristig aus dem Beitritt wirtschaftlichen Nutzen ziehen.

Griechenland verfügt über ein beträchtliches Wachstumspotential. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft gibt Griechenland die Möglichkeit zur Verringerung des gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Gefälles gegenüber den übrigen EG-Staaten. Angemessene Übergangsfristen und -regelungen stellen sicher, daß die erforderlichen Anpassungsprozesse ohne schwerwiegende Störungen möglich sind.

Die kulturelle Identität Europas, die sich in der Vielfalt der nationalen Kulturen ausprägt, wird durch den Beitritt Griechenlands eine Bereicherung erfahren.

Bonn, den 28. November 1979

**Wehner und Fraktion**

**Mischnick und Fraktion**